

Dr. Tamar Amar-Dahl, Berlin

Kulturkampf in Israel: Neozionismus. Justizreform. Bürgerkrieg?

Hannah Arendt 1964: das Gerücht von Auschwitz konnten wir zunächst nicht glauben, denn die Vernichtungslager hätten keine militärische Logik.

Welche militärische Logik verfolgt Israel in Gaza?

Was bezweckt das Militär, den ganzen Streifen in Schutt und Asche zu bombardieren?

Man könnte sagen, die Israelis seien von allen guten Geistern verlassen.

Doch ist etwa Hartnäckigeres im Spiel: die Ideologie.

Die Ideologie der Sicherheit

Die Ideologie von Großisrael

Wer meine Arbeiten kenne, weiß, welche Rolle Israels Staatsideologie einnimmt – in Politik und Geschichte.

Also der Zionismus.

Ich rede schließlich vom „zionistischen Israel“, von der Sinnkrise des Zionismus; letztlich argumentiere vom *neo-zionistisch* motivierten Kampf um das Land, ja, innerpolitisch gesehen vom Siegeszug des Neozionismus.

Der Neo-Zionismus – so will ich hier argumentieren – ist der Schlüssel für *beide* in Israel zurzeit tobenden Konflikte: zum einen den aktuellen Gaza-Konflikt, der ja schließlich Bestandteil der Palästina-Frage.

Zum anderen den innerjüdischen-innerisraelischen Kulturkampf.

Folgende These untermauern:

Mit dem Debakel von 7/10 und dem verheerenden Zweifront-Krieg in Israel/Palästina erlebt das zionistische Israel nie da gewesene Zustände.

Diese verschärfen exorbitant den innerisraelischen Kulturkampf zwischen Neo-Zionisten und Linkszionisten, sodass dieser durchaus bürgerkriegsähnliche Züge immer wieder einnimmt.

Doch gerade diese krisenhafte sicherheitspolitische Konstellation begünstigt die Neozionisten mit ihrem Programm (Justizreform, Groß-Israel, zweite Nakba). Zumal sie gerade fest im Sattel sitzen und es nicht vorhaben, auf die Macht zu verzichten.

Wie hat sich das Land in diese Sackgasse hineinmanövriert?

Baruch Kimmerling: Immigranten, Siedler, Einheimische (2004)

„Ein Kulturkampf, wenn er nicht mit Gewalt einhergeht und nicht eklatant gegen die Spielregeln und anerkannten Grundnormen verstößt, kann eine Art Mechanismus zur Konfliktmilderung entwickeln, eine Art Sicherheitsventil... [...]

Es gibt jedoch gesellschaftliche Situationen, in denen es nicht möglich ist, Konflikte zu lösen, zu unterdrücken oder zu verschieben, oder es keine Mechanismen dafür gibt, und in solchen Fällen können Kulturkriege in einen Bürgerkrieg oder sogar in Staatsstreiche und Revolutionen münden.“

Mit der Ankündigung des neozionistischen Justizministers Yariv Levin Anfang 2023, die Justiz zu reformieren, reagierte das „vernünftige“ Israel entsetzend.

Dauerhafte Massendemonstrationen im ganzen Land war die Folge. So zielorientiert schien Netanjahus neue rechtsradikale Regierung, die Justiz zu entmachten, umso entschlossener gingen die Israelis auf die Straßen.

Man redete von historischen Demos, nicht zuletzt, weil sie zum ersten Mal um das Staatsverständnis ging, letztlich um Israels zionistische Ideologie.

(2011 waren die Demos aus sozial-wirtschaftlichen Gründen)

Diesmal ging es um die **Regime-Frage, um die Orientierung des Staates** – eine Frage, die eng an die Palästina-Frage gekoppelt ist.

Kann sich das zionistische Israel die Demokratie leisten?

Erst recht stellt sich die Frage, ob das neo-zionistische Programm mit demokratischen Werten vereinbar wäre.

Die israelische Demokratie stand schon immer auf wacklige Füße, nicht zuletzt, weil das zionistische Staatsprojekt über Jahrzehnte hinweg eine Besatzungsordnung unterhält, die wohl kaum mit einer Vorstellung einer ernstzunehmenden Demokratie einhergeht.

Diese Gewaltstrukturen sind mit verantwortlich für die gegenwärtige Sinnkrise. Diese Krise resultiert aus dem Umstand, dass sich die Israelis über die **Kernfragen ihres Staatsprojekts** nicht einigen können:

Israel erkennt eigenes **Staatsgebiet** nicht an, es setzt doch seit dem Sechstagekrieg kontinuierlich auf seine Expansion.

Umstritten ist auch die Frage des **Staatssubjektes**: sind es die Israelis, sprich die *aktuellen* Staatsbürger mit ca. 20% Palästinensern? Oder ausschließlich *Juden*?

Und wie gesagt die **Regime-Frage** steht seit dem 4.1.2023 offensichtlich zur Disposition: soll Israel ein jüdischer *und* demokratischer Staat sein, so wie das Staatsverständnis über Jahrzehnte hinweg gewesen ist.

oder sowie die Neo-Zionisten nun ausdrücklich anstreben:

ein jüdischer Staat *nur* für Juden in Groß-Israel –

(längerfristig übrigens ein religiöser Halacha-Staat –

Für das säkulare Israel wohl ein Dorn im Auge.)

Genau dieses Staatsverständnis steht fest geschrieben im ersten Paragraphen des 2018 erlassenen **Nationalstaatsgesetzes**. Es waren Neo-Zionisten in der Regierung Netanjahu, welche das Grundgesetz vorantrieben und durchgesetzt hatten.

Zwar haben Linkszionisten auf Heftigste protestiert.

Die Debatte im Sommer 2018 ist fasziniert, weil sie eben in den Mark des zionistischen Staatsprojektes trifft.

Doch sind die Linkszionisten wirkliche Widersacher der im Nationalstaatsgesetz enthaltener Politik? vor allem: Kriegspolitik und Siedlungspolitik.

Würde also der Kulturkampf zwischen Neozionisten und Linkszionisten an Israels Palästina-Politik entfachten?

Denn schließlich handelt sich hierbei um die zwei großen zionistischen Lager, die an der Regierungsarbeit über Jahrzehnte hinweg beteiligt waren und das Land gemeinsam geprägt hatten.

Kurz in die Geschichte:

Der Neo-Zionismus ist als eine Reaktion auf den Post-Zionismus entstanden.

Der Post-Zionismus war kurzer Zeit - in den 1990ern eine gerne debattierte Idee.

Mit dem Oslo-Friedenswerk wollten nun Linkszionisten endlich den erfolgreichen Abschluss des Staatsprojekts wissen.

Der israelische Mainstream machte damals mit.
Es gab tatsächlich eine politische Mehrheit hierfür.
1999 wurde Ehud Barak genau dafür gewählt, um Oslo zum Abschluss zu bringen.

Mit der Teilung des Landes, mit dem ersehnten Frieden wäre das zionistische Staats-Konzept vom „jüdischen und demokratischen Staat“ quasi realisierbar gewesen.
Damit hätte sich eine post-zionistische Ära bahnen können.

Doch Ende 2000 kam es bekanntlich anders.
Der Traum war mit einem Schlag vorbei. Von der Verwirrung und Enttäuschung von den Paläs. war die Rede, unter Linkszionisten wohlgemerkt.

Mit der sich einsetzende Sinnkrise rund um die sicherheitspolitische Krise der Zweiten Intifada
kam es zum massiven Rechtsrück in Politik und Gesellschaft.

Und so besannen sich die Israelis umso stärker auf die vertraute, altgediente Staatsideologie zurück.

Ein schicksalhafter Rückfall... Der Krise des Zionismus begegnet man paradoxerweise mit mehr Zionismus.

Und so bot sich der Neo-Zionismus als *die* ultimative Antwort auf Israels vertrackte Problemlage: Stärker ideologisierte, nationalistischere, selbstbewusstere, dazu trotzigere Version des historisch umgesetzten Zionismus im 20. Jahrhundert.

Schauen Sie sich die Kriegsführung an: je vertrackter die Lage wird, um so trotziger geht Netanjahus neo-zionistische Regierung vor.

Zurück zur Ursache, zur Sinnkrise des zionistischen Israel:

Israel *muss* den Konflikt um Palästina lösen, wenn es seine Zukunft als jüdischen Staat sichern will. Doch in der Folge von Oslo und vor allem der Zweiten Intifada stellte sich immer deutlicher heraus: das politische Israel hat weder die Macht noch den Willen, um solche Lösung durchsetzen zu können.

Heute, mitten im desaströsen Krieg, ist dies vor allem Linkszionisten klarer geworden. Doch der gegenwärtige Konflikt lässt sich nur im Kontext des seit 2000 ansetzenden Prozesses nachvollziehen. Und dies tue ich in meinem Buch.

Benjamin Netanjahus unverzichtbarer Beitrag zum Siegeszug des Neozionismus, damit zum Kulturkampf in Israel, steht inzwischen außer Frage. Sie wissen: die Linkszionisten hassen ihn bekanntlich dafür, dass er ihr Israel kaputt-regiere. Auch ihm widme ich ein ganzes Kapitel. Das Verhältnis vom historischen Kontext und der Person in der Geschichte arbeite ich heraus.

Eins seiner Projekte war es, die Palästina-Frage aus dem israelischen Diskurs gänzlich zu verdrängen. Dafür haben ihn die Israelis gewählt – vor allem seit 2009: Er möge sich für sie dieser unlösbaren, lästigen Frage entledigen.

Da der Palästinenserstaat für das zionistische Israel nie wirklich in Frage kam, benötigte das Land einen guten Rhetoriker, einen Zauberer, der diese Lebenslüge einer demokratischen Besatzungsmacht – nach innen sowie nach außen - gut verkaufen könne.

Das israelische Konfliktnarrativ – wie sie wissen - wurde auch hier in Deutschland gut verbreitet.

Mit dieser Hybride des Konfliktmanagements gaben sich die Israelis sehr lange zufrieden, es war im Sinne Kimmerlings ein Sicherheitsventil... bis ihre Lebenslüge sie eingeholt hat.

Der 7/10 hätte die Israelis nicht allzu sehr überrascht, hätten sie sich nicht so sehr in dieser politischen Ordnung eingelebt. Denn diese von Besatzung und Siedlungspolitik geprägte Gewaltordnung bedeutet zugleich wiederholte Kriege damit die Militarisierung der Gesellschaft.

Zur Ideologie der Sicherheit:

Israels Kriegspolitik resultiert aus dem Sicherheitsmythos. Dies ist ein hartnäckiger Gründungsmythos. An eben diesem festen Glauben – das Militär mittels Kriegs garantiere Sicherheit - ist das Land gerade im Begriff zu kollabieren.

Dies ist auch der Grund, weshalb dieser auch für Israel so desaströse Krieg nicht ohne weiteres gestoppt werden kann.

Dieser Mythos resultiert aus der Fixierung auf das Militär als die Sicherheitsinstitution, als Lieferant von Sicherheit. Dies erweist sich immer wieder als fatal.

Wenn Netanjahu vom „absoluten Sieg“, von der „Vernichtung der Hamas“ redet, meint er gegenüber seinem Volk: Nur mittels Kriegs ließe sich die Sicherheit wiederherstellen. Nur mit der Stützung der Hamas wäre das normale Leben wieder möglich, heißt im Umkehrschluss: Der Krieg müsse weiter geführt werden.

Da aber gerade erst recht durch den Krieg das normale Leben alles andere als möglich, rede ich von der Ideologisierung der Sicherheit.

Der Punkt ist – oder gar die Tragik: diese Ideologie wird vom zionistischen Israel getragen: das Militär, die Opposition, und ja auch die Linkszionisten. Auch sie betrachteten den Krieg „als unabdingbare Reaktion“ auf den 7.10.

So sollte man auch das neu errichtete Sicherheitskabinett am 13.10. verstehen, als gesamtgesellschaftlichen Konsens für den Krieg.

Die Kritik, wenn sie kommt, kommt viel zu spät.

Netanjahu stützt sich also auf einen gut etablierten Mythos für seine Kriegspolitik. Auch wenn diese förmlich das Land an den Abgrund führt, hat er diese Ideologie auf seiner Seite, welche von einer großen Mehrheit getragen wird.

Doch dieser Krieg wird auch im Sinne seiner neo-zionistischen Regierungspartner geführt: die glühenden Anhänger von Groß-Israel sehen in diesem Krieg ihre einmalige Chance:

Sie glauben und arbeiten am Projekt Groß-Israel, denn für sie handelt es sich bei dem historischen Palästina um ausschließlich jüdisches Land. Dies ist für sie also ein neo-zionistisch motivierter Kampf um das Land.

Sie machen kein Hehl daraus, was sie mit Gaza bzw. mit dem Westjordanland tatsächlich vorhaben.

Letzten Februar tagten die Siedler angeführt von Bezalel Smotritz und Itamar Ben Gvir auf einer gut organisierten Konferenz, welche die Wiederbesiedelung des Gaza-Streifens zum Thema hatte. Beide neo-zionistischen Minister gelten als Motor dieses Kriegs – jedenfalls ist Netanjahus Regierung auf sie angewiesen.

Und ihr Ziel der Judaisierung des ganzen Lands haben sie stets vor Augen.

Wie realisierbar die Wiederbesiedlung von Gaza ist zunächst sekundäre Frage. Wichtig für unseren Zusammenhang ist diese Ideologie, aus der heraus solche verheerende Kriegspolitik resultiert.

Ein neo-zionistisches Israel ist seit dem überraschenden Comeback Netanjahus Ende 2022 realistischer denn je geworden. Erst recht im Zuge von 7/10.

Mit diesem Debakel – der ja den Sicherheitsmythos erheblich schwächt, die Israelis also zutiefst verunsichert – hat der Neo-Zionismus einen erheblichen Zulauf gewonnen.

Die offene Frage: Haben diese geschilderten Verhältnisse des tobenden Kulturkampfes in Israel das Potential für einen allumfassenden bewaffneten Bürgerkrieg?

Oder stabilisiert sich ein neo-zionistisches Regime in Jerusalem?